ESF+ Stellungnahme AWO Soziale Dienste gGmbH Rottweil

Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden“ erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der über die reine Vermittlung in den bestehenden Wohnungsmarkt hinausgeht. Insbesondere in angespannten Wohnungsmärkten benötigen wir ein dauerhaft finanziertes öffentliches **Ankaufs- und Bauprogramm für Wohnungen, die gezielt wohnungslosen Menschen zur Verfügung stehen**. Bund, Länder, Kommunen und ESF-Plus-Mittel müssen hierfür langfristig und verbindlich miteinander verzahnt werden.

Gleichzeitig muss **Prävention deutlich gestärkt** werden. Frühzeitige Beratung bei Mietschulden, drohendem Wohnungsverlust, Überschuldung, familiären Krisen und Übergängen aus Einrichtungen kann Wohnungslosigkeit vielfach verhindern. Die Wohnungslosenhilfe muss deshalb stärker in kommunale Präventionsketten und Regelstrukturen eingebunden werden.

Ein weiterer Schwerpunkt muss auf der **Verzahnung von Wohnungslosenhilfe und Gesundheitswesen** liegen. Wohnungslose Menschen haben häufig einen erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung. Notwendig sind niedrigschwellige ambulante Angebote, aufsuchende Gesundheitsversorgung sowie bessere Übergänge zwischen Wohnungslosenhilfe, Krankenhäusern, ambulanter und stationärer Pflege. Gerade angesichts des demografischen Wandels müssen auch wohnungslose ältere und pflegebedürftige Menschen frühzeitig erreicht und bedarfsgerecht versorgt werden.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert zudem die **Jugendmigration**. Junge Menschen mit Migrationserfahrung benötigen niedrigschwellige Zugänge zu Bildung, Ausbildung, Arbeit, Wohnen, sozialer Beratung und Gesundheitsversorgung. Präventive Angebote müssen verhindern, dass aus instabilen Wohn- und Lebenssituationen dauerhafte Wohnungslosigkeit entsteht.

Schließlich stellt die zunehmende **Digitalisierung** die freien Träger und Sozialverbände vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Digitale Verwaltung, Dokumentation, Kommunikation, Datenschutz, IT-Sicherheit und digitale Beratungsangebote sind inzwischen notwendige Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit und professionelle soziale Arbeit. Die damit verbundenen Investitions- und laufenden Kosten können jedoch nicht dauerhaft von den Trägern selbst getragen werden. **ESF-Plus- und öffentliche Förderprogramme müssen deshalb auch die digitale Infrastruktur, Qualifizierung und laufenden Digitalisierungskosten sozialer Träger systematisch berücksichtigen.**

Der ESF Plus sollte damit nicht nur einzelne Projekte fördern, sondern den **strukturellen Aufbau nachhaltiger Präventions-, Wohn-, Gesundheits-, Integrations- und Digitalisierungsstrukturen** unterstützen.